

**Der Grosse Rat
des Kantons Bern**

**Le Grand Conseil
du canton de Berne**

Dienstag (Vormittag), 13. September 2022 / Mardi matin, 13 septembre 2022

**Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion /
Direction de l'économie, de l'énergie et de l'environnement**

**51 2021.RRGR.392 Motion 272-2021 Vanoni (Zollikofen, Grüne)
Auf dem Weg zu einer klimaneutralen Land- und Ernährungswirtschaft vorwärts machen!**

**51 2021.RRGR.392 Motion 272-2021 Vanoni (Zollikofen, Les Verts)
Aller de l'avant vers un secteur agricole et alimentaire à impact neutre sur le climat !**

Präsident. Der Regierungsrat empfiehlt die Annahme dieser Motion als Postulat. Wir führen eine freie Debatte. Der Motionär bestreitet das Postulat, nehme ich an.

Bruno Vanoni, Zollikofen (Grüne), Motionär. Ich könnte eigentlich die gleiche Einleitung machen wie beim letzten Traktandum, aber ich erspare Ihnen dies. Auch diese Motion will dem Volkswillen Rechnung tragen und einen Verfassungsauftrag umsetzen. Aber es gibt einen Unterschied, einen wichtigen Unterschied zur vorherigen Motion: Jene kam aus der grünen Fraktion, diese hier ist parteipolitisch breit abgestützt und über eine Mitmotionärin und mehrere Mitmotionäre auch im bäuerlichen Lager und auch im bürgerlichen Lager gut verankert.

Die BaK, die diesen Verfassungsartikel für den Klimaschutz (Art. 31a der Verfassung des Kantons Bern [KV]) ausgearbeitet hat, hat uns in ihrem Vortrag vor zwei Jahren aufgezeigt, dass der Kanton im Bereich der Landwirtschaft grosse Möglichkeiten hat, im Sinne des Klimaschutzartikels vorwärts zu machen. Bei der Beratung dieses Verfassungsartikels im Grossen Rat im Winter 2020 gab es noch keine klaren Informationen, wie der Kanton die Klimathematik im Bereich der Landwirtschaft anpacken will. Kurz nach der Volksabstimmung veröffentlichte die WEU ihre Umweltstrategie, mit dem Klima als einem von drei Schwerpunkten. Und gemäss dieser Strategie soll auch die Landwirtschaft einen Beitrag zum Erreichen der Klimaneutralität bis 2050 leisten. Als Zwischenziel soll sie ihren Treibhausgasausstoss bis 2030 um 20 Prozent reduzieren. Dies steht nicht im Verfassungsartikel – nur, damit keine Missverständnisse aufkommen –, sondern in der Strategie, der «Umweltstrategie WEU 2021».

Diese Motion will solche Bestrebungen unterstützen, aber mit zusätzlichen Elementen ergänzen und vor allem verstärken, vorantreiben helfen. Sie will nicht einfach nur die Landwirtschaft in die Pflicht nehmen, wie ich ebenfalls betonen möchte, sondern in Ziff. 5 auch andere Bereiche der Ernährungswirtschaft, namentlich die ganze Produktionskette, die Verteilung, die Vermarktung und auch den Konsum von Nahrungsmitteln. Auch wir Konsumierenden sind also angesprochen. Konkrete Massnahmen zugunsten von klimaschonenden Agrarprodukten könnten insbesondere nach dem Muster der «Berner Bio-Offensive» entwickelt und umgesetzt werden.

Ich möchte hier nun nicht auf alle Motionsforderungen im Detail eingehen und schon gar nicht die ausführlichen Begründungen nochmals erläutern. Aber auf die Ziff. 3 möchte ich speziell hinweisen: Gefordert wird da ein Programm zur Förderung landwirtschaftlicher Pilotbetriebe, welche Möglichkeiten zu klimafreundlicher Tierhaltung, Bodennutzung, Verarbeitung und Vermarktung erproben wollen. Dies geht einerseits in die gleiche Richtung wie der Graslandvorstoss von Aschi Wandfluh (M 258-2021), der ja vorhin behandelt wurde und den wir auch als Motion unterstützt hätten. Andererseits orientiert sich die Ziff. 3 an den «Bündner Klimabauern». Unter diesem Namen testen zurzeit 50 Bündner Bauernbetriebe ihre Möglichkeiten zur Reduktion der Treibhausgasemissionen im Rahmen des Projekts «Klimaneutrale Landwirtschaft Graubünden».

Dieses Projekt wurde von bäuerlichen Organisationen initiiert und entwickelt und wird jetzt auch stark von der Landwirtschaft selbst geführt und geprägt. Es wurde in den «Aktionsplan Green Deal für

Graubünden» aufgenommen und wird jetzt auch vom Kanton Graubünden finanziert, mit dem visionären Ziel: «Graubünden ist der erste Kanton der Schweiz, in welchem die Konsumentinnen und Konsumenten beim Kauf von Bündner Lebensmitteln die Gewissheit haben, dass diese klimaneutral produziert worden sind.» Mittlerweile haben wir ja auch im Kanton Bern einen «Green New Deal» beschlossen und in der letzten Session eine entsprechende Motion (M 265-2021) überwiesen.

Mit der Zustimmung zur Ziff. 3, ja, überhaupt zur ganzen Motion, können wir jetzt wirksam nachdoppeln und den Klimaschutz auch als Chance für die Land- und Ernährungswirtschaft im Kanton Bern nutzen: als Chance. Ich hoffe auf eine möglichst breite Zustimmung und bin gespannt auf die Diskussion.

Präsident. Mich dünkt, wir haben einen recht hohen Lärmpegel. Bitte grössere Diskussionen in der Wandelhalle führen. – Dann frage ich an: Hat es Mitmotionäre, die sprechen wollen? – Dies ist nicht der Fall. Hat es Fraktionen, die sich dazu äussern wollen? – Jawohl.

Ursula Zybach, Spiez (SP), Fraktionssprecherin. Ich finde Vorstösse, die sich mit dem Themenbereich der Landwirtschaft befassen, immer wieder schwierig, weil sie auch wie ein Bashing gegen die Landwirtschaft wirken und auch wirken, als müsste einzig die Landwirtschaft das Ganze lösen und auf ihre Schultern nehmen. Ich möchte die Diskussion dieses Traktandums gerne davon wegbringen und überlegen: Eigentlich geht es ja um die Bevölkerung. Es geht um uns Konsumentinnen und Konsumenten. Wir konsumieren ja das, was Sie produzieren auf Ihrem Land, in Ihren Ställen. Wir sind ja dankbar, dass Sie Traktoren haben, die das Land bewirtschaften können. Und das Thema der Arbeitszeit haben wir vorhin diskutiert, dieser Dank gilt ja auch dafür. Aber machen Sie einmal mit uns zusammen diesen Wechsel, dass es nicht ein Angriff gegen die Landwirtschaft ist, dass diese einfach muss, sondern wirklich der Teil von: wir Konsumentinnen und Konsumenten.

Wir haben Erwartungen an die Produkte des täglichen Bedarfs, an eine Tagescrème, an eine Kartoffel, an ein Stück Filet oder ein bisschen Kutteln. Und diese müssen Sie erfüllen in der Produktion: optimale Qualität, effiziente Produktion, kostengünstig. Und in den letzten Jahren, in den letzten zwanzig, dreissig, vierzig Jahren hat die Landwirtschaft unglaubliche Fortschritte gemacht. Man hat die Zucht völlig verändert, man hat dort eine viel grössere Systematik hineingebracht. Man konnte die Ernährung der Tiere komplett verändern, man konnte dies auch viel, viel effizienter gestalten und machen. Ihre Maschinenparks in der Landwirtschaft sind völlig anders, als dies früher der Fall war.

Und jetzt lesen wir, dass 13,5 Prozent der klimaschädigenden Treibhausgase aus der Landwirtschaft entstehen, das heisst: aus unseren Schweinsfilets, aus unseren Kutteln, die wir essen, aus unseren Kartoffeln. Und wenn wir uns dies als Konsumentinnen und Konsumenten überlegen, scheint es mir folgerichtig, dass wir sagen: Wir wollen in eine klimaneutrale Land- und Ernährungswirtschaft gehen.

Diese Motion fordert verschiedene Punkte, und sie ist, wie der Motionär es vorhin selber gesagt hat, ziemlich kompliziert, und die verschiedenen Antworten sind sehr umfassend. Aber wenn wir es uns überlegen: Der Punkt 1 will einfach das Potenzial zur Verbesserung dieser Bilanz differenziert darlegen. Er will einfach einmal aufzeigen: Um was geht es eigentlich? Was kann man machen, damit wir Konsumentinnen und Konsumenten auch mit einem besseren Gefühl auf ein solches Produkt zugreifen können?

Information, Aus- und Weiterbildung: Ich denke, dies ist ein wahnsinnig wichtiger Teil. Ich habe vorhin gesagt, es habe in den letzten Jahren so viel geändert in der Tierproduktion, in der Pflanzenproduktion. Und dies sollte man auch viel stärker miteinbeziehen und Dinge, die für gewisse Bäuerinnen und Bauern vielleicht banal sind, eben auch den anderen zeigen, die sich dies noch gar nie überlegen konnten.

Und dann die landwirtschaftlichen Pilotbetriebe: Ich glaube, dafür haben wir vorhin ein flammendes Plädoyer gehört. Und es ist ja eindrucklich, wenn man sieht, wie viele eigentlich gerne mitgemacht hätten und wie viele jetzt mitmachen konnten.

Ich bitte Sie im Namen der SP-JUSO-Fraktion: Überlegen Sie es sich aus Sicht der Konsumentinnen und Konsumenten, die nicht genau wissen, was Sie alles machen in Ihren Ställen und auf Ih-

rem Land, die dies nur, ich weiss auch nicht, auf einem Samstagsspaziergang, am Sonntagmittag irgendwie sehen und mitbekommen. Sie können direkt den Hebel ansetzen, Sie wissen, worum es geht. Stimmen Sie im Sinne der Konsumentinnen und Konsumenten dieser Motion zu.

Und einfach noch so als Thema: Wenn es *eine* Branche gibt, die merkt, wie der Klimawandel stattfindet, dann ist es die Landwirtschaft. Und Sie haben einen grossen Hebel: 13,5 Prozent, welche aus dem ... (*Grossrätin Zybach deutet auf die Reihen der SVP-Fraktion. / La députée Zybach désigne de la main les rangées des représentantes et représentants de l'UDC.*) – Sie dürfen sonst gerne nach vorne kommen, Herr Grossrat, wenn Sie finden, es sei Blabla, das ich erzähle; das ist auch eine Möglichkeit, zu reagieren hier im Grossen Rat, ich finde es aber nicht so stylish. – Sie haben es ziemlich im Griff, was hier geschieht: 13,5 Prozent. Geben Sie sich einen Ruck. Und wie hat es vorhin Thomas Fuchs gesagt: Hei, stimmen Sie doch einfach Ja.

Tom Gerber, Reconvilier (PEV), porte-parole de groupe. J'aimerais commencer par un élément essentiel : 75 pour cent du problème climatique est dû au fait que nous brûlons du carburant, ce n'est pas moi qui l'ai inventé, c'est une citation faite à cette même tribune de Mme la professeure Seneviratne de l'École polytechnique fédérale de Zurich (EPFZ) lors de la conférence de l'ILK (Interkantonale Legislativkonferenz / Conférence législative intercantonale CLI) ici-même le 20 mai. Dans les 25 pour cent restants, il y a l'agriculture, c'est vrai, c'est juste. Et comme, en tant qu'agriculteur, je ne mets pas la tête dans le sable, je suis prêt à réfléchir et à agir aussi dans notre domaine.

La présente motion s'articule sur trois axes qui font sens. Avant de faire, il faut savoir ce qu'il faut faire, tout ce qu'on peut faire. Ensuite, il faut que les différents acteurs, et particulièrement la science et la pratique, travaillent de concert. Et puis, il faut mettre en œuvre, d'abord dans des essais, dans des exploitations pilotes, et ensuite de manière plus élargie. Sans aller dans les détails, c'est ce que demande cette motion. Le groupe évangélique soutiendra cette motion dans tous les cas en tant que postulat, une majorité la soutiendrait aussi en tant que motion.

Martin Lerch, Langenthal (SVP), Fraktionssprecher. Die SVP-Fraktion hat diese Motion in allen fünf Punkten eingehend geprüft. Es wurde genannt: Grundlagenbeschaffung, Ausbildung, Pilotbetriebe, Konkretisierung des Klimaschutzartikels, weitere Massnahmen. Die SVP-Fraktion hat Kenntnis genommen von den Ausführungen des Regierungsrates, und unsere Fraktion beurteilt diesen Vorstoss in allen Punkten als unnötig und nicht zielführend.

Weshalb: Dies vor allem unter dem Hinweis auf den Bericht des Bundesrates, der noch nicht drei Monate alt ist, vom 22. Juni dieses Jahres, mit dem Titel «Zukünftige Ausrichtung der Agrarpolitik». In diesem achtzigseitigen Bericht werden die Themen, die hier postuliert werden, hinreichend und abschliessend oder weitestgehend geregelt. Ohne auf die Details eingehen zu wollen, darf ich doch die Hauptpunkte dieser Strategie, die vier Felder beschlägt, kurz erwähnen, und bitte Sie dann zu beurteilen, ob dies nicht genau diese Thematik beschlägt. Erstens: resiliente Lebensmittelversorgung sicherstellen. Zweitens: klima-, umwelt- und tierfreundliche Lebensmittelproduktion fördern. Drittens: nachhaltige Wertschöpfung stärken. Und viertens: nachhaltigen und gesunden Konsum begünstigen.

Das ist diese Thematik, die auf der richtigen Stufe angegangen wird. Und deshalb lehnt die SVP-Fraktion diesen Vorstoss in allen Punkten ab, und zwar sowohl als Motion als auch als Postulat, einstimmig, und beantragt gegebenenfalls ihre Abschreibung.

Bernhard Riem, Iffwil (Die Mitte), Fraktionssprecher. Die Mitte-Fraktion teilt die fünf Forderungen des Motionärs im Grundsatz. Das Ziel, den Ausstoss von Treibhausgasen in der Land- und Ernährungswirtschaft zu senken, ist absolut wichtig und in unserem Sinne. Wir haben damals dem Klimaschutzartikel zugestimmt und wollen auf diesem Weg weiterkommen.

Bruno Vanoni argumentiert sehr ausführlich, was der Regierungsrat mit diesen Forderungen tun soll, und dieser antwortet ebenso ausführlich. Ich habe noch selten einen so umfangreichen Vorstoss gesehen. Und genau das ist die Krux dieser Motion: die Agrarpolitik. Und diese ist eben umfangreich, komplex, kompliziert, vielfältig und ausserdem noch teuer. Heerscharen von Leuten ent-

wickeln sie, Heerscharen von Leuten müssen sie umsetzen, und die Bauern selber setzen einen sehr grossen Aufwand und viel Zeit, viel Energie ein, um all die permanenten Änderungen anzuwenden.

Aber: Agrarpolitik ist Bundessache, und dies bleibt sie auch. Der Bund, der Nationalrat, legt die Rahmenbedingungen fest. Die Forschungsanstalt Agroscope oder die Hochschule für Agrar-, Forst- und Lebensmittelwissenschaften (HAFL) und auch noch weitere forschen und zeigen auf, wie man beispielsweise mehr CO₂ im Boden binden kann oder wie Kühe weniger Methan ausstossen, und so weiter und so fort; da gibt es ganz viel. Der Kanton, unsere Rolle hier, ist subsidiär. Wir sind für den Vollzug verantwortlich, und es macht nicht Sinn, wenn sich der Kanton in der Agrarpolitik und der Agrarforschung verstärkt engagiert. Das ist nicht seine Aufgabe, und es ist auch nicht finanzierbar.

Die Forderungen 2 und 3 der Motion gehören zum Teil in den Hoheitsbereich des Kantons: Bildung, Weiterbildung. Aber auch dort müssen wir aufpassen, nicht zu stark in bereits vorhandene Ausbildungs- und Beratungsangebote einzugreifen. Wir brauchen keine Lehrplandiskussionen, wie man sie in der Volksschule immer hat und wie sie hier ja eigentlich auch sehr schlecht ankommen.

Alle Punkte der Motion sind längst in der Agrarpolitik, der Forschung, der Ausbildung und bei den Bauern angekommen. Nur als Beispiel: Mit viel Enthusiasmus engagieren sich sehr viele Bauern neuerdings in der regenerativen Landwirtschaft. Nächste Woche, als Beispiel, nehme ich an einer Veranstaltung von Waldeigentümern teil. Wir informieren uns, wie unsere Waldparzellen mehr CO₂ binden können. Die Forderungen sind gut, Bruno Vanoni. Sie kommen mir aber irgendwie ein wenig vor, als würde ein sehr gebildeter Quereinsteiger in ein Terrain vorstossen, das ihm nicht sehr vertraut ist – «vorstossen» im wahren Sinne des Wortes.

Letzte Woche hat Tabea Bossard etwas despektierlich kommentiert, dass Die Mitte sich bei ihrem Vorstoss wortreich gewunden habe, weil sie ihren Forderungen nicht zugestimmt hat. Dies ist nicht so: Wir winden uns nicht. Aber so, wie diese Forderungen eben daher kommen, haben sie Mängel, und sie haben grosse Mängel. Die Zuständigkeitsbereiche von Bund, Kantonen und Privaten sind klar geregelt und dürfen nicht vermischt werden. Wir brauchen hier im Saal die Welt nicht neu zu erfinden.

Die Mitte-Fraktion teilt die Meinung des Regierungsrates: Wir stimmen einem Postulat zu. Wir wollen aber, dass das Vorgehen des Kantons mit den Massnahmen des Bundes abgestimmt und dass dann geprüft wird, was danach für uns hier noch Sinn macht.

Jan Remund, Mittelhäusern (Grüne), Fraktionssprecher. Wir haben es schon gehört: Der CO₂-Ausstoss der Landwirtschaft beträgt etwa 15 Prozent; 6 Mio. Tonnen CO₂ werden ausgestossen, 90 Prozent werden durch die Tierhaltung und die Bodenbewirtschaftung verursacht. Soweit der Fact.

Die Hilferufe der Landwirtschaft in diesem Sommer waren zu Recht laut wegen dieses Hitze- und Dürresommers. Die Landwirtschaft kann aber nicht nur um Hilfe rufen, wenn das Wasser fehlt. Sie muss auch ihren Beitrag zur Lösung leisten. Den CO₂-Ausstoss auf null zu senken, wird nicht möglich sein. Die Halbierung ist aber nötig, um die Klimaziele zu erreichen und die Auswirkungen des Klimawandels nicht katastrophal werden zu lassen. Dieser Sommer hier war erst eine kleine Idee davon, wie es dann später sein könnte.

Die Motion enthält viele gute Möglichkeiten, wie man CO₂ senken kann. Die Kohlenstoffeinlagerung wurde genannt. Wir haben diese Woche ja auch schon einer Motion zugestimmt. Aber auch das Austesten von Methoden mit Pilotbetrieben, die Weiterbildung, die Entwicklung neuer Strategien sind zielführend. Und hier kann und muss der Kanton auch eine Rolle übernehmen. Der Elefant in der Motion ist natürlich auch hier in diesem Raum der Tierbestand: An einer deutlichen Senkung wird die Landwirtschaft in den nächsten dreissig Jahren nicht vorbeikommen, will sie klimaneutral werden. Dies fordert die Motion aber nicht. Das zeigt auch: Sie ist ein klarer Kompromiss. Zielführend sind Lösungen, die sich sowohl für das Klima als auch für die Landwirtschaft auszahlen. Dazu braucht es Massnahmen zur Konsumlenkung. Dazu braucht es Lösungen, die wir zusammen mit der Landwirtschaft entwickeln. Die Annahme dieser Motion ermöglicht es, dass wir zusammen auf den Weg gehen.

Unsere Fraktion will klar an einer Motion festhalten. Letztendlich geht es um eine Ausführungsgesetzgebung auf der Grundlage des Klimaartikels im Bereich der Landwirtschaft. Ich bitte um Zustimmung.

Präsident. Nach der nächsten Rednerin werde ich die Rednerliste schliessen.

Sandra Hess, Nidau (FDP), Fraktionssprecherin. Der Motionär hat einmal mehr ein Thema aufgenommen, das äusserst komplex und umfangreich ist. Und er hat mit seiner Motion einen ganzen Massnahmenkatalog aufgelistet und auch konkrete Umsetzungsvorschläge gemacht.

Ich danke an dieser Stelle dem Sprecher von Die Mitte, Bernhard Riem, der dies wirklich alles Punkt für Punkt analysiert hat. Mir bleibt einfach noch zu sagen: Die FDP-Fraktion schliesst sich dieser Einschätzung und diesem Votum in allen Punkten an. Wir unterstützen diesen Vorstoss als Postulat, nicht aber als Motion.

Simon Buri, Konolfingen (GLP), Fraktionssprecher. Ich nehme es gleich vorweg: Die GLP-Fraktion wird diesen Vorstoss sowohl als Motion wie auch als Postulat in allen Punkten einstimmig unterstützen. Die Gründe dafür führe ich aber gerne etwas aus.

Wir haben es gehört: Gut ein Achtel der Treibhausgasemissionen in der Schweiz stammen aus der Landwirtschaft. Wir haben nur etwa 20 Jahre Zeit, um diesen Anteil möglichst weit zu reduzieren, um unserem Verfassungsauftrag gerecht zu werden. Wie aber flächendeckende klimafreundliche Landwirtschaft und Ernährungswirtschaft wirklich funktionieren, konkret funktionieren, auf den Betrieben funktionieren, das wissen wir heute noch nicht ganz genau. Und dies müssen wir zuerst herausfinden. Das ist aus unserer Sicht der Kernpunkt dieses Vorstosses.

Ich glaube, die Landwirtinnen und Landwirte hier im Saal werden mir beipflichten: Die meisten Landwirtinnen und Landwirte denken nicht kurzfristig, sondern sie denken in Generationen. 20 Jahre, das ist für sie eigentlich schon übermorgen. Und gleichzeitig, wenn man sich für ein Betriebskonzept entscheidet, wirkt dieses eben dann auch für eine Generation, für gut 20 Jahre. Und deshalb ist es wichtig, dass wir möglichst schnell herausfinden, was es denn konkret braucht, um möglichst klimafreundlich Landwirtschaft betreiben zu können – dem Klima zuliebe, aber auch den Bäuerinnen und Bauern zuliebe. Denn sie müssen dann auch genügend Zeit haben, damit sie ihre Betriebskonzepte so weiterentwickeln können, dass sie im Jahr 2050 möglichst klimafreundlich bauen können. Und wenn man das zu Ende denkt, bedeutet dies, dass die ersten Betriebe eigentlich im Jahr 2030 grosse Investitionen tätigen müssen, und da hätten sie gerne Planungssicherheit bis im Jahr 2050. Und sie möchten sicher sein, dass sie dann zu diesem Zeitpunkt noch klimakonform, aber auch regelkonform sind.

Ich bin mir bewusst: Es ist wohl nicht ganz realistisch, dass wir dies im Jahr 2030 bereits wissen werden. Aber ich möchte damit einfach betonen, wie wichtig Planungssicherheit für die Landwirtschaft ist. Und ich bin sicher, dass Planungssicherheit für unsere Bauernfamilien sehr wichtig und ein zentrales Interesse ist. Denn es gibt kaum etwas Mühsameres als ständig wechselnde Vorgaben. Und besonders einschneidend sind dann plötzliche Vorgaben, die grundlegende Anpassungen in den Betriebskonzepten nötig machen würden.

Aber wir *haben* diesen Verfassungsauftrag, dass die Landwirtschaft bis 2050 möglichst klimafreundlich sein soll. Wenn wir jetzt zuwarten mit dem Finden von Lösungen und dem Umsetzen, werden irgendwann die Umstellungen dann umso drastischer sein, die unsere Bauernfamilien umsetzen müssen. Und vor dieser Situation würden wir sie gerne bewahren. Und deshalb finden wir den Ansatz richtig, den dieser Vorstoss hat, jetzt, zu einem frühen Zeitpunkt, zusammen mit der Landwirtschaft und nicht gegen die Landwirtschaft einen Weg zu finden, wie man eben möglichst klimafreundlich Landwirtschaft betreiben kann.

Dass wir mit Pilotbetrieben starten, finden wir einen geschickten Ansatz. So können wir konkret lernen und aufzeigen, was funktioniert und was eben auch nicht. Und das dünkt mich wichtig für den Kanton Bern. Der Kanton Bern hat eine vielfältigere Landwirtschaft als der Kanton Graubünden, der dies ja bereits macht. Wir haben spezifische Fragen, die heute noch nicht geklärt sind, die wir klären müssen. Und dies zusammen mit Pionierinnen und Pionieren, die voranschreiten, diesen Weg ge-

hen und dann auch den anderen Betrieben konkret aufzeigen können, wie sie funktionieren und sich weiterentwickeln können. Und dieses gewonnene Wissen dann mit Aus- und Weiterbildung und Beratung weiterzugeben, damit wir unsere Landwirtinnen und Landwirte bei ihrer Weiterentwicklung unterstützen können, finden wir sehr sinnvoll.

Und für all diejenigen, die nun gesagt haben, die Landwirtschaftspolitik sei auf Bundesebene: Ja, natürlich ist sie zu einem grossen Teil auf Bundesebene. Aber der Bund hat eben auch noch nicht herausgefunden, was es denn für eine klimafreundliche Landwirtschaft genau braucht. Und wenn wir im Kanton Bern mit unseren Pilotbetrieben aufzeigen können, was es braucht, was den Bauernfamilien dient, was dem Kanton dient, was dem Klima dient, dann haben alle etwas gewonnen. Und das dient am Schluss auch der Landwirtschaftspolitik auf Bundesebene, wo man dann schlaudere Lösungen finden kann, die eben auch für die Bäuerinnen und Bauern stimmen, und dass wir unseren Bauernfamilien möglichst früh Planungssicherheit geben können. In diesem Sinne sind wir überzeugt: Das ist ein guter Weg, den dieser Vorstoss begehen will. Packen wir diese Chance.

Präsident. Die Einzelsprecher haben drei Minuten zur Verfügung.

Markus Aebi, Hellsau (SVP), Einzelsprecher. Es ist für mich heute ein ganz spezieller Morgen, dass wir den ganzen Morgen über Landwirtschaftspolitik diskutieren, die eigentlich gar nicht unsere Angelegenheit ist. Wenn Sie die Analyse des heutigen Morgens machen, stellen Sie fest, dass all das, worüber wir hier diskutieren, letztlich zur Schwächung der Wettbewerbskraft der Berner Landwirtschaft führt, weil die Auflagen höher werden.

Und ich bin immer wieder erstaunt, wie viele Agrarexperten hier im Saal sind. Ich gebe Ihnen ein Beispiel: die Direktzahlungsverordnung (DZV). Diese DZV wird dieses Jahr umgebaut, genau in diese Richtung. Sie rennen damit also völlig offene Türen ein. Das Zweite, nur als Beispiel, praktisch, auf dem Betrieb: Ich habe im Rahmen des Berner Pflanzenschutzprojekts Direktzahlungen erhalten für den pfluglosen Anbau. Wir wissen, dass wir rund 5 Tonnen CO₂ einsparen können, wenn wir nicht zu Acker fahren, das heisst: Wenn wir die Erde nicht wenden, können wir 5 Tonnen CO₂ pro Hektare binden. Der Bund hat mir aber Beiträge bezahlt, um zu Acker zu fahren, für die Lockerung. Man ist dort also in einer Diskrepanz, die einfach nicht geht. Man muss sich zuerst einigen, welche Ziele man eigentlich erreichen will in dieser ganzen Entwicklung. Und ich glaube, da ist man auf dem Weg.

Und Herr Buri: Wir wissen ganz genau, wo der Weg durchgeht. Aber so einfach ist es nicht, Massnahmen daraus zu eruieren. Wir sind am Forschen, welche Produkte wir den Tieren füttern müssen, damit der CO₂-Ausstoss nicht allzu hoch ist. Und wir haben in diesem Land eine Topografie, geschätzte Anwesende, die ab 800 Metern und drüber einfach graslandbasiert ist. Und dort haben Sie Viecher, und die haben einen CO₂-Ausstoss, da kommen Sie nicht drum herum – sonst lassen wir dieses Ding verganden. Das ist dieses ganze Graslandprojekt, und dort ist die Forschung dran.

Und es kann einfach nicht sein, dass der Kanton Bern Steuergelder investiert in einem Bereich, in dem der Bund massiv Geld investiert für die Forschung. Sie können in Grangeneuve schauen gehen, was dort aufgebaut wird; Sie können an die ETH schauen gehen, welche Forschungen laufen; und Sie können letztlich schauen gehen, welche Forschungen bei einer HAFL mit dem Projekt Wyss laufen, das wir vor Jahren hier verabschiedet haben. – Sie rennen also offene Türen ein, Sie können hier also ganz gut zustimmen und abschreiben. Dieser Karren läuft, in die richtige Richtung.

Hans Schori, Wiler bei Seedorf (SVP), Einzelsprecher. Ich gebe zuerst meine Interessenbindung bekannt: Ich bin seit 22 Jahren Biobauer und betreibe regenerative Landwirtschaft – nicht, weil ich das Gefühl habe, dies sei die bessere Landwirtschaft, sondern weil ich mir meiner Verantwortung bewusst bin und zu diesem Thema beitrage, über das wir hier auch wieder sprechen.

Und herausgefordert und zum Wort genötigt hat mich Ursula Zybach, als sie gesagt hat: Das ist nicht ein Bashing gegen die Landwirtschaft, geben Sie sich einen Ruck, sondern es ist eine Konsumentenangelegenheit. Und genau dort hat es mich dann aus dem Sessel gehoben. Denn wir haben bereits in den letztjährigen Initiativen – Trinkwasser, Pestizid – und jetzt wieder in der Massentierhaltungsinitiative, wobei es ja keine Masse ist, immer wieder das Wort «Bio» hervorgeholt, «Bio-

standard»: das, wofür ich eintrete. Ich trete aber ein, weil es der Markt will, doch der Konsument folgt mir nicht. 40 Prozent haben in den letzten Abstimmungen – und ich bin gespannt, wie es dieses Mal wieder aussehen wird – genau solche Standards gefordert, und nur 10 oder 11 Prozent kaufen bis heute die ganze Geschichte.

Der Ruck muss jetzt also zuerst durch die Konsumenten gehen, sonst ist es tatsächlich ein Bashing der Landwirtschaft. Ich bin überzeugt: Regenerativ, Bio, alles, was dem Klima dient und es schützt, ist unsere Lebensgrundlage, in diesem Sinne. Aber ich möchte auch ein «Leihalten» auf der anderen Seite spüren. Dieses spüre ich jetzt nicht, und deshalb werde ich auch dagegen stimmen.

Beat Bösiger, Niederbipp (SVP), Einzelsprecher. Ich staune ebenfalls, wie viele Vorstösse hier von Leuten gemacht werden, die noch nie etwas gesät haben, noch nie etwas gepflegt haben, noch nie etwas geerntet haben und vor allem noch nie etwas verkauft haben. Dies betrifft Vorstösse hier im Saal, aber auch Initiativen wie diese, über die wir dann am 25.9. wieder abstimmen werden. Es ist unser Eigeninteresse, unsere Höfe, unser Land, unsere Betriebe den folgenden Generationen zu übergeben – und zwar nicht einen geschädigten Betrieb, geschädigtes, verkarrtes Land. Nachhaltig: Das kennen wir, das ist unser Urinteresse. Wir wollen unsere Betriebe den folgenden Generationen weitergeben, damit auch sie Landwirtschaft betreiben können.

Wir haben jeden Tag mehr Leute in unserem Land und jeden Tag weniger Quadratmeter zum Produzieren. Wir haben auch einen Verfassungsauftrag für die Ernährung von uns Menschen. Alle wollen dreimal pro Tag essen: Ja, wie wollen wir das denn machen? Noch mehr importieren? Nein, wir wollen unseren Selbstversorgungsgrad in der Schweiz halten oder erhöhen. Das sehen wir: In der Krise schaut jedes Land für sich, und daher müssen wir auch die Nahrungsmittel bei uns produzieren.

Solche Vorstösse haben auch immer Auswirkungen auf den Preis. Das haben wir heute Morgen gesehen: Man will höhere Löhne bezahlen, man will die Arbeitszeit senken. All dies hat immer Auswirkungen auf den Preis. Wie viel wollen Sie denn bezahlen für die Lebensmittel? Wenn wir mehr erhalten: noch so gerne. Dann können wir all diese Massnahmen erfüllen, das ist überhaupt kein Problem. Ich habe auch schon gesagt: Wenn Sie gerne für einen Kopfsalat einen Fünfliber bezahlen und noch zwanzig Läuse drin akzeptieren – Sie können das haben. Dann spritzen wir nichts mehr, dann bezahlen wir Löhne, wie sie die übrige Wirtschaft bezahlt, das ist alles kein Problem. Es ist eine Frage des Preises.

Wir haben im Kanton Bern eine Bodenschutzfachstelle, wir haben mit dem Betrieb eines Kompetenzzentrums Gemüse begonnen. Es geht in die richtige Richtung mit der Nachhaltigkeit, mit der Forschung. Ich bitte Sie, alle diese Vorstösse abzulehnen.

Regina Fuhrer-Wyss, Burgistein (SP), Einzelsprecherin. Ich bin froh, habe ich noch Mist an den Stiefeln und Erde unter den Fingernägeln, dann darf ich hier jetzt nämlich auch noch etwas dazu sagen.

Wir haben gehört, dass es einen Bericht des Bundesrates zur zukünftigen Agrarpolitik mit seinen Schwerpunkten gibt. Es ist so, einer davon ist, die klima-, umwelt- und tierfreundliche Lebensmittelproduktion zu fördern. Ich weiss, dass sehr viele Bauern und Bäuerinnen sich in ihrer täglichen Arbeit sehr für eine nachhaltige, zukunftsfähige Landwirtschaft einsetzen. Leider kommt aber auf Bundesebene häufig, gerade von bäuerlichen Verbandsvertretern, Widerstand gegen eine ökologische Weiterentwicklung.

Die Landwirtschaft ist nicht nur die Leidtragende des Klimawandels, die Landwirtschaft kann auch ganz wesentlich zum Erreichen der Klimaziele beitragen. Und diese Aufgabe können und müssen wir übernehmen. Was mir aber wichtig ist: In diesem Vorstoss geht es explizit nicht nur um die Landwirtschaft. Wir haben jetzt sehr viel von der Landwirtschaft gesprochen, aber es geht auch um die Ernährungswirtschaft; dies ist ja auch im Vorstosstitel enthalten. Und da bin ich überzeugt: Man muss das Gesamtpaket anschauen.

Aber: Auch bei der Ernährungswirtschaft ist es so, dass man die Verantwortung für das Erreichen der Klimaziele nicht mehr einfach nur den Unternehmern überlassen kann. Die Klimakrise ist bereits so weit fortgeschritten, dass hier eben auch der Kanton seine Verantwortung und seine Rolle über-

nehmen muss. Und mit diesem Vorstoss geben wir der Regierung genau für dieses Gesamtpaket den Auftrag.

Ich bitte Sie, gerade auch im Interesse einer gesunden Landwirtschaft, aber auch im Interesse der Jungen, die jetzt nicht mehr auf der Tribüne sind, dieser Motion zuzustimmen.

Katja Riem, Kiesen (SVP), Einzelsprecherin. In dieser letzten halben Stunde habe ich versucht, ruhig auf meinem Plätzchen zu sitzen und geduldig zuzuhören. Es ist mir aber leider nicht ganz gelungen. Wie man an diesem Morgen einmal mehr versucht, hier mit allen Kräften eine ganze Branche zu dirigieren, zu verurteilen und unter einen noch grösseren Druck zu setzen, als wir heute schon stehen, ist in meinen Augen einfach ein Affront.

Die Sprecherin der SP hat es richtig gesagt: Keine andere Berufsgruppe – keine – bekommt den Klimawandel so gut mit wie wir. Das ist auch der Grund, dass wir seit Jahren dran sind und uns verbessern, neue Wege gehen. Es stimmt nicht, dass die Forschung diesbezüglich nicht vorwärts macht oder nicht einmal vorhanden ist. Sie ist schon längst am Laufen. Und meine Generation von jungen Landwirtinnen und Landwirten ist im Fall um Längen weiter, als man es vielleicht vor 50 oder 60 Jahren noch war, wo Sie sich wohl mit Ihren Forderungen noch befinden. Uns versucht man zu bremsen und mit solchen unüberlegten Vorgaben und Richtlinien Grenzen zu setzen, weit, weit weg von der Praxis, der Produktion und der Realität.

Ich könnte wohl noch ewig plädieren zu diesem Thema, aber ich will nicht länger werden. Es sind auch schon sehr viele gute und wichtige Argumente gefallen. Ein Beispiel möchte ich Ihnen einfach noch auf den Weg geben, es zeigt ganz gut, wem man den Ball eigentlich zuspielen muss: Die Massentierhaltungsinitiative fordert, dass wir die Ställe grösser und offener bauen. Seit Jahren wissen wir aber, dass genau dies gleichzeitig grössere und höhere Ammoniakemissionen bewirkt. Und beide Forderungen kommen aus Ihren Reihen, liebe Motionärinnen und Motionäre. Auf uns Bäuerinnen und Bauern hat man nicht gehört. Das stimmt mich und meine jungen Kolleginnen und Kollegen, Landwirtinnen und Landwirte, bedenklich. Und wir sollen Sie in den nächsten Jahrzehnten mit Lebensmitteln versorgen. Ich weiss ja nicht. – Bitte lehnen Sie diese Vorstösse mit Überzeugung ab, als Motion und als Postulat, liebe Mitte-Fraktion.

Bruno Vanoni, Zollikofen (Grüne), Motionär. Ich danke für die verschiedenen Wortmeldungen und die interessante Debatte. Die Debatte hat eigentlich vielversprechend angefangen, ich hatte Freude, dass zuerst darauf hingewiesen wurde, dass es eben nicht gegen die Bauern geht. Das ist vielleicht auch genau der Grund, weshalb dieser Vorstoss etwas lang geworden ist: Weil man Forderungen und Begründungen differenziert formulieren wollte. Ich habe mich dann auch gefreut, dass Tom Gerber als Bauer – als Bauer – sagen konnte, die Mehrheit seiner Fraktion unterstütze diesen Vorstoss auch in Form einer Motion.

Aber dann wurden leider die Diskussionsvoten vor allem von zwei Abwehrreflexen geprägt, was ich schade finde. Der eine ist: Landwirtschaftspolitik ist Bund, der Kanton hat nichts zu sagen. Ich erinnere daran: Bei dieser Motion geht es darum, den *neuen* Verfassungsartikel des Kantons Bern einzusetzen, denjenigen zum Klimaschutz. Aber es gibt schon zwei *bestehende* Verfassungsartikel zur Landwirtschaft in der KV. Und einer sagt unter anderem, dass Kanton und Gemeinden Massnahmen für eine umweltgerechte Landwirtschaft treffen sollen (Art. 51 KV). Und Klimaschutz gehört auch in dieses Kapitel. Wir haben also den Auftrag, auch auf kantonaler Ebene etwas zu machen.

Zum zweiten Abwehrreflex: Bernhard Riem hat es höflich formuliert, er hat vom «gebildeten Quereinsteiger» gesprochen. Andere haben es deutlicher gesagt: Da würden Leute Vorstösse machen, die noch nie irgendetwas gesät oder geerntet hätten. Ich musste dies schon kurz, nachdem ich 2014 in den Grossen Rat gekommen war, an diesem Rednerpult einmal klarstellen: Ich bin ein Bauernsohn, ein Kleinbauernsohn, ich weiss, was es heisst, auf dem Feld zu arbeiten, von Hand, zu krampfen, auch wenn es heiss ist und wenn man lieber etwas anderes machen möchte. Das ist das eine.

Ich habe einen älteren Bruder, der Agronom ist und sein Berufsleben lang im Kanton Graubünden in der bäuerlichen Beratung tätig war. Ich habe einen Schwager, der Grossbauer ist. In unserer Familie weiss man also, worum es geht im Bauerngewerbe. Ich habe jetzt beruflich immer wieder mit

Bauern zu tun, die versuchen, gute Landwirtschaft zu betreiben, gut auch für die Umwelt und für die Kulturlandschaft, welche die Landwirtschaft gemäss Bundesverfassung ebenfalls pflegen muss. Aber vielleicht reicht dies noch nicht, vielleicht spricht man mir die Kompetenz, um hier überhaupt zu sprechen, weiterhin ab. Ein letzter Versuch, dies zu rechtfertigen: Auf meinem Nachttischchen liegt das Buch «Die Kuh ist kein Klima-Killer». Dies ist ein weiterer Beweis, dass ich bereit bin, mich weiterzubilden und eben auf eine differenzierte Klimapolitik in der Landwirtschaft hinzuwirken. *(Der Präsident bittet den Redner, zum Schluss zu kommen. / Le président demande à l'orateur de conclure.)*

Ich gebe Markus Aebi recht: Der Karren läuft. *(Der Präsident bittet den Redner erneut, zum Schluss zu kommen. / Le président demande encore une fois à l'orateur de conclure.)* Aber er läuft leider immer noch fossil betrieben, und davon müssen wir wegkommen. Ich wandle in ein Postulat, damit wir wenigstens auf diesem Weg ein bisschen vorankommen.

Christoph Ammann, WEU-Direktor. Mit der Wandlung ins Postulat ist der Vorstoss nun auch dort, wo ihn die Regierung gerne hätte. Aus welchem Grund: Landwirtschaftspolitik findet, ob man es will oder nicht, weitestgehend auf Bundesebene statt – jedenfalls in dem Sinne, als dort die grossen Weichen gestellt werden und damit auch die Hebelwirkung eingerichtet wird für diese Anliegen, die man auf den Boden bringen will, den landwirtschaftlichen. Das heisst aber nicht, dass der Kanton Bern oder dass man auf kantonaler Ebene keinen Handlungsspielraum hätte. Dies ist der Grund, warum die Regierung gerne bereit ist, einen Prüfauftrag entgegenzunehmen, und zwar entlang all dieser fünf Punkte mit den Fragen, die aufgeworfen werden, mit den Vorschlägen oder Erwartungen, die formuliert sind.

Da wollen wir prüfen, wo wir auf kantonale Stärken setzen können, die wir zweifellos haben, beispielsweise mit der Wyss Academy, mit Projekten, die über die Wyss Academy laufen können, mit der Berner Fachhochschule oder der HAFL, wo wir Kompetenzen im Kanton haben, die national bekannt und anerkannt sind, zum Thema Boden beispielsweise. Oder wir haben ein Inforama als Bildungs- und Weiterbildungsinstitution, bei dem wir solche Fragestellungen, wie sie jetzt im Vorstoss aufgeworfen sind, in die Bildungsgänge bringen können, im Rahmen einer Revision des Bildungsgangs, wie dies im Moment vorgesehen oder am Laufen ist. Dort werden gewisse Akzente gesetzt.

Aber geben Sie uns den Raum, um seriöse Prüfungen zu machen, um die kantonalen Hebel dort einzusetzen, wo man Wirkung erzielt, wo man auf der einen Seite mit den kantonalen Mitteln hausälterisch umgehen kann, aber auf der anderen Seite auch die Stellschrauben richtig setzen kann. Die Regierung ist bereit, diese Prüfung über die ganze Breite der Fragestellungen, die der Vorstoss aufwirft, zu machen. Und deshalb der Antrag auf die Unterstützung dieses Vorstosses als Postulat.

Präsident. Dann kommen wir zur Abstimmung über das Traktandum 51. Es wurde in ein Postulat gewandelt, die Abschreibung ist verlangt.

Wer diesem Postulat zustimmen will, stimmt Ja, wer es ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.392: als Postulat / sous forme de postulat

Annahme / Adoption

Ja / Oui	92
Nein / Non	50
Enthalten / Abstentions	0

Präsident. Sie haben dem Postulat zugestimmt.

Dann kommen wir noch zur Abschreibung: Wer dieses Postulat abschreiben will, stimmt Ja, wer dies nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.392: Abschreibung / classement

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui	64
Nein / Non	77
Enthalten / Abstentions	0

Präsident. Sie haben dieses Postulat nicht abgeschrieben.